Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 5

Artikel: "Frankfurter Kreis" : ein Positionspapier zur Industriegesellschaft : Endziel : 30-Stunden-Wochen
Autor: Hartmann, Horst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340368

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Endziel: 30-Stunden-Woche

Eine kritische Untersuchung von Horst Hartmann

Eine klare Alternative zur konservativen Wirtschafts- und Friedenspolitik hat der «Frankfurter Kreis», eine Gruppierung linker Sozialdemokraten, erarbeitet. Sie erschien unter dem Titel «Anpassung oder Reform» im USA-Verlag, Hamburg. Das unter der Federführung Detlev von Larchers erarbeitete Papier bietet im Text, der sich mit den Perspektiven der Industriegesellschaft beschäftigt, eine umfassende aber knapp gefasste Analyse, die hoffentlich vom SPD-Parteivorstand aufgegriffen wird.

Die Ausgangslage

Ausgangspunkt bildet eine Kritik am Kurs der gegenwärtigen Bundesregierung. Weder Lohnsenkungen, Aufhebungen sozialer Gesetze und zusätzliche Belastung der Familie unter der irreführenden Bezeichnung einer «Aufwertung», weder die Kommerzialisierung öffentlicher Dienste noch ein erzwungenes Angebot billiger Arbeitskräfte beseitigen die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit. Der Ruf nach mehr Markt und mehr Wettbewerb beeinflusst nicht die Veränderungen der Produktionsmethoden. Auf der Strecke bleiben allerdings soziale Leistungen und Sicherheit.
Der Markt erweist sich als unfähig, über Preisregulierungen hinaus, immaterielle Werte wie menschliche Gesundheit, Bildung, Luft-, Wasser- und Bodenreinheit, Erhaltung von Flora und Fauna zu erhalten, geschweige denn zu fördern. Die Unzulänglichkeit der Marktsteuerung liegt vor allem darin, dass sie Probleme verursacht, deren Folgen einseitig Arbeitnehmer, Familien und Rentner zu tragen haben. Deshalb muss der Markt mehr als bisher einer Kontrolle unterworfen werden. Ziel einer sozialdemokratischen Politik muss es sein, die Schädigung sozialer Beziehungen im Zeichen eines überspitzten wirtschaftlichen Konkurrenzdenkens zugunsten von Chancengleichheit und verbesserten Lebensbedingungen zu vermeiden. Voraussetzung ist eine gleichmässige Verteilung der Arbeit durch Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes und Reformen der Arbeitsatmosphäre.

Arbeitszeitverkürzungen und eine qualitative Ausweitung der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung sowie die Reform des Ausbildungssystems könnten am Anfang einer neuen Politik stehen. Wenn die Arbeitswelt humaner werden soll, ist die «Verfügungsgewalt des Kapitals» zu «begrenzen», und «sozialkulturellen Dienstleistungen» ist ein grösserer Stellenwert einzuräumen.

Schwerpunkt der Bestrebungen soll das Recht auf sinnvolle Arbeit für alle sein. Wohlgemerkt, es geht nicht um den grünen Traum vom Ausstieg aus der Industriegesellschaft, sondern es handelt sich um die Umgestaltung des durch abhängige Erwerbsarbeit bestimmten Produktionssystems. Dabei kann die SPD getrost auf ihre Leistungen als Regierungspartei zurückgreifen, hat sie doch den Sozialstaat nicht nur mitgeprägt sondern auch weiterentwickelt.
Die Ausgaben für den Sozialstaat sind aber in der sozialliberalen Ära auch deshalb gestiegen, weil die Folgen der Wirtschaftspolitik gemildert werden mussten. Die Humanisierung der Arbeitsbedingungen führten zwar zu niedrigeren Krankheits- und Invalidenraten, gleichzeitig verursachte aber die privatwirtschaftliche Machtposition von Pharmaindustrie und Ärzteschaft gegenüber Kassen und Patienten ausserordentliche Kostensteigerungen. Derartige Entwicklungen können nur durch Kontrollen der privaten Anbieter, ihrer Leistungen und ihrer Ansprüche, zurückgeschraubt werden.

Soziale Innovation

Der «Frankfurter Kreis» hat aufgrund der skizzierten Ausgangslage ein Positionsprogramm vorgelegt, das eine Reihe wichtiger Forderungen enthält. Am Anfang steht das Recht auf Arbeit und Ausbildung, ein Ziel, das mit Investitionssteuerungen und der Vergesellschaftung bestimmter Schlüsselbereiche erzielt werden soll. Neben einer ökologischen Erneuerung vor allem durch den Staat, muss eine soziale Innovation stehen.
Um ein qualitatives Wachstum zu erzielen, ist ein System aus privaten Unternehmen und einem öffentlichen Sektor nötig. Die Verantwortung des Staates für Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Kontrolle wirtschaftlicher Macht, soziale Steuerung neuer Technologien,

Chancengleichheit, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, menschengerechte Produktionsverhältnisse und Arbeitszeitverkürzungen, kann nicht ausschliesslich den Tarifpartnern überlassen bleiben.
Was die Arbeitszeitverkürzungen betrifft, so halten sich die Autoren an Brechts Losung «Die Wahrheit ist konkret». Sie sprechen von einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bis Ende der 80er Jahre mit dem Endziel einer Verkürzung auf 30 Stunden in den 90er Jahren. Ergänzt werden soll sie durch eine deutliche Einschränkung von Überstunden und einem Verbot der Leih- und Abrufarbeit kommen. Wichtig erscheint auch eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne Verluste bei den Rentenbezügen.
Grosse Hoffnungen setzt der «Frankfurter Kreis» auf öffentliche Beschäftigungsprogramme für qualitatives Wachstum. Der Rahmen wird abgesteckt: Im Zeitraum von zehn Jahren ist an eine Summe von 200 Milliarden Mark gedacht, im ersten Jahr soll die grösste Summe mit 30 Milliarden aufgebracht werden. Die Summen können in den Bereichen Umweltschutz, humane und ökologische Stadtsanierung, Energieeinsparung, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Ausbau sozialer und kultureller Dienstleistungsangebote bevorzugt verwendet werden.

Kontrollierte Technologieentwicklung

Sonderprogramme bieten eine Ansatzmöglichkeit, um die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen. Eine Beseitigung des Gegensatzes zwischen Technik und Umwelt gehört zu den erklärten Zielen. Als Ausgangspunkt steht dabei die Überlegung, dass ohne neue Verfahren, Mess-, Analyse- und Fertigungsmethoden eine Verbesserung der Umwelt nicht möglich ist. Deshalb bejahen die Sozialdemokraten eine kontrollierte Technologieentwicklung. Energien und Rohstoffe sind in der chemischen Industrie, im Automobilbau sowie der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie einzusparen.
Die Fehlleitung von dringend benötigtem Investitionskapital stellt für den linken Flügel ein besonderes Ärgernis dar. Solange das Verhalten privater Geldanleger sich ausschliesslich nach der zu erzielenden Rendite und nicht nach gesellschaftlichen Bedürfnissen richtet, kann sich an dieser Situation nichts ändern. Aber ein neuer Kurs ist nötig, weil der Abzug von Sachkapital eine beschäftigungswirksame Politik verhindert.

Vorsicht bei der Steuerpolitik

Eine Quellenbesteuerung auf Besitz- und Vermögenseinkommen bei entsprechenden Freigrenzen sowie die Einschränkung der Kapitalflucht und ähnliche Massnahmen, könnten Finanzspekulationen unterbinden. Statt einer Bevorzugung von Grossverdienern durch Steuervergünstigungen lassen sich auch eine progressive Besteuerung hoher Einkommen sowie einer längst fälligen realistischen Bewertung des Immobilienbesitzes, die schlimmsten Auswüchse der Vergangenheit beseitigen.
Aber bei welchen Einkünften und Vermögenswerten soll die progressive Besteuerung sich von gegenwärtigen Steuersätzen unterscheiden? Die Forderung, das Bankgeheimnis gegenüber den Finanzämtern generell aufzuheben, dürfte dagegen mehr psychologisch bedingten Schaden als fiskalischen Nutzen bringen, wie die Proteste gegen die Volksbefragung zeigen. Nicht nur Handwerker und kleine Gewerbetreibende - von denen viele ums Überleben kämpfen -, werden auf die Barrikaden klettern; der Sturm der Entrüstung dürfte mit Sicherheit auch auf Angestellte und Arbeiter übergreifen!

Der Normalbürger lebt nun einmal in einem Spannungsverhältnis zum Staat und weiss, wie ungerecht die Steuerlasten zugunsten der Reichen verteilt sind. Aber ein allwissendes Finanzamt, das ihm womöglich den letzten unversteuerten Groschen nachweist, erhöht die ohnehin verheerende Staatsverdrossenheit bis zur Abwahl einer SPD-Regierung. Das muss in aller Freundschaft einmal gesagt werden!

Subventionspolitik überdenken

Und auf noch einen schwachen Punkt ist hinzuweisen. Im Positionspapier ist zwar davon die Rede, dass Subventionen an beschäftigungs- und umweltorientierte Auflagen zu knüpfen sind. Die politische Praxis hat aber bewiesen, dass dem Subventionsunwesen niemals Einhalt geboten wird, solange zahlreiche Ausnahmen immer neue Bittsteller auf den Plan rufen. Die Subvention maroder Betriebe ist volkswirtschaftlich Verschwendung, und die so künstlich erhaltenen Arbeitsplätze werden schlichtweg zu teuer.

In der Bundesrepublik haben sich subventionierte Branchen und Betriebe stets auf Staatshilfen bis zum jüngsten Tag verlassen. Sie versäumten eine Anpassung an die Wirtschaftsbedingungen. Ausserdem entstehen bei Subventionen zwei Klassen von Arbeitnehmern, solche, die in Grossbetrieben ausgehalten werden und jene, die mit dem Konkurs von Klein- und Mittelbetrieben arbeitslos werden.

Ein dritter Einwand: Der «Frankfurter Kreis» sollte sich

davor hüten, durch die Erweiterung sozialer und kultureller Dienstleistungen den Beamtenapparat noch weiter aufzublähen. Wer die selbstzufriedene Mentalität deutscher Staatsdiener kennt, dem muss vor einer solchen Perspektive grauen, gleichgültig welches Parteibuch Beamte in der Tasche tragen!
Viele soziale Leistungen lassen sich durch gemeinnützige Einrichtungen, nichtstaatliche Trägerorganisationen und bürgernahe Stadtteil- und Nachbarschaftsgruppen besser erbringen, als über den Umweg staatlicher Instanzen. Der «Frankfurter Kreis» sollte richtige Ziele nicht mit falschen Methoden durchzusetzen suchen . . .

Die SPS am XI. Parteitag der SED in Berlin

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg

Von Peter Vollmer, Vizepräsident der SPS

Vom 18.–20. April 1986 nahm eine kleine Delegation der SP Schweiz am XI. Parteitag der SED in Berlin DDR teil. Die Delegation mit Peter Vollmer (Vizepräsident der SPS) und Toya Maissen (Mitglied der Geschäftsleitung) überbrachte eine Grussadresse. Wie die SPS war auch erstmals die SPD an einem SED-Kongress vertreten. Neben den aussereuropäischen Gästen nahmen Vertreter aller westeuropäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien mit Ausnahme von Österreich und Portugal am SED-Kongress teil. Die nachfolgende Grussadresse richtete Peter Vollmer namens der SPS an die Gastgeber. Die Grussadresse wurde nicht im Kongresspalast, sondern in einem volkseigenen Betrieb an die Werktätigen gerichtet. Zusammen mit der Schweizer Delegation war auch die australische, die kanadische, die tunesische, die japanische und die senegalesische Delegation im gleichen Betrieb. Die Grussadresse wurde auch in der Ausgabe des «Neuen Deutschland» vom 21. April 1986 abgedruckt.

Trojanisches Pferd

Gewichtige SVP-Herren trafen sich am 19. Februar 1986 im Sitzungszimmer IV des Bundeshauses. Es fand die «1. SVP-SRG-Konferenz» statt. Dabei waren u.a. die Nationalräte Blocher und Nebiker, Schlumpf-Generalsekretär Mühlemann, Parteipräsident Ogi und SRG-Mitarbeiter Maximilian Reimann. Thema: Linkslastige SRG, wie kann der Einfluss der SVP mit dem «Hofer-Club» im Rücken verstärkt werden? Es ging nicht darum, die Interessen der SRG zu formulieren, vielmehr darum sie zu demontieren. Frage: welchen Auftrag haben eigentlich SVP-Vertreter in der SRG? Deren Status ähnelt sehr dem des Trojanischen Pferdes (SPI).

Geschätzte Genossinnen und Genossen!
Es ist mir eine grosse Ehre und Freude, hier vor diesem Auditorium eine Grussadresse überbringen zu können. Wir haben die Einladung des Generalsekretärs des ZK der SED, des Genossen Erich Honecker, am XI. Parteitag in Berlin teilzunehmen, gern angenommen.

Seit einigen Jahren unterhalten die SED und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sehr nützliche Kontakte, die mit dem Austausch von Delgationen konstruktiv weiterentwickelt werden. Die DDR und die Schweiz sind zwar in ihren gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Systemen grundverschieden, ebenso stimmen die Auffassungen unserer Parteien in verschiedenen Punkten nicht überein. Das wollen wir gar nicht verschweigen. Trotzdem sind beide Partner zur Überzeugung gekommen, dass eine Zusammenarbeit unter verschiedenen Aspekten von Bedeutung ist.

Denn alle ideologischen Differenzen und Auffassungen zu verschiedenen Fragen werden unbedeutend angesichts der heutigen Kriegsgefahren und der Möglichkeit einer vollständigen Vernichtung der Menschheit mit den vorhandenen Waffensystemen.